

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I, Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

15. September 1951

Blatt 1656

Geht der Frauenüberschuß zu Ende? =====

15. September (Rath.Korr.) Bei der Volkszählung im Jahre 1880, als Wien noch rund eine dreiviertel Million Einwohner zählte, wurde bereits ein kleiner Frauenüberschuß ermittelt. Zehn Jahre später war Wien eine Millionenstadt, und bei der Volkszählung im Jahre 1910 hatte sich die Bewohnerzahl der damaligen Residenzstadt auf mehr als 2 Millionen verdoppelt. Im Jahre 1910 wurde auch zum ersten Mal die Zahl der Wienerinnen mit mehr als einer Million angegeben. Die männlichen Bewohner Wiens haben dagegen diese Grenze niemals erreicht, auch nicht in den folgenden Jahren des Höchststandes vor dem ersten Weltkrieg. Die Wienerinnen hielten die Millionengrenze auch bei allen Volkszählungen in den nächsten Dezennien.

Erst im Mai dieses Jahres ist die Zahl der Wienerinnen auf 999.687 zurückgegangen. Das ist den soeben vom Statistischen Amt der Stadt Wien herausgegebenen "Mitteilungen" über das 2. Quartal zu entnehmen. Trotzdem gab es zu diesem Zeitpunkt noch immer einen beträchtlichen Überschuß von 241.000 Wienerinnen. Die Zahl der Frauen überwiegt ausnahmslos in allen Wiener Bezirken, wobei den kleinsten Überschuß die Bezirke 22 und 23 aufzeigen. Es gibt aber einige Bezirke, in denen die Überzahl der Frauen besonders groß ist, so z.B. in Währing wo um 11.000 Frauen mehr sind als Männer.

Bemerkenswert sind auch die statistischen Angaben über den Kindersegen. Demnach führt die Leopoldstadt mit 16.698 Kindern bis zu 12 Jahren. An zweiter Stelle ist Floridsdorf. Erst dann folgen die "starken" Bezirke Landstraße, Favoriten und Ottakring.

Was ist Fremdenverkehr?
 =====

Der Fürst von Monaco belohnt die beste Antwort

15. September (Rath.Korr.) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, hat die Internationale Akademie für Fremdenverkehr in ihrer Sitzung im August in Monte Carlo beschlossen, einen Wettbewerb zu veranstalten. Das Thema des Wettbewerbes, an dem sich jedermann beteiligen kann, lautet: Geben Sie die dem Sinne und der Auffassung nach vollständigste, in ihrer Formulierung aber knappste Definition des Fremdenverkehrs. Die Antwort darf 200 Worte nicht überschreiten. Sie kann in französischer, englischer, deutscher, spanischer oder italienischer Sprache abgefaßt sein.

Die Akademie für Fremdenverkehr steht unter dem Ehrenschutz des Fürsten von Monaco, Rainer III. Der Fürst hat sich auch bereit erklärt, dem Preisgekrönten mit einer Medaille mit seinem Bildnis, einem Stipendium in bar und einem Ferienaufenthalt im Hotel de Paris in Monte Carlo zu belohnen. Außerdem bietet die Akademie zahlreiche Preise für die besten Antworten. Am 15. Jänner 1952 wird der Wettbewerb abgeschlossen. Die Preisverteilung findet im Mai 1952 in Monte Carlo statt. Der Name des ersten Preisträgers und der prämierte Text sollen in der internationalen Presse veröffentlicht werden.

Die Antworten müssen Namen, Vornamen und vollständige Adressen der am Wettbewerb Teilnehmenden enthalten und an folgende Stelle gerichtet werden: Monsieur Edgard Dumoulin, Membre Permanent de l'Academie Internationale du Tourisme, 93, rue de Stasart, Bruxelles (Belgique).

Die Städte sind um ihre Autonomie besorgt
 =====

15. September (Rath.Korr.) Bekanntlich hat der ^{fassungs-}Verwaltungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 30. Juni 1951 den Grundsatz ausgesprochen, daß das Dienstrecht der Gemeindebeamten durch Landesgesetz zu regeln ist. Diesem Spruch des höchsten Gerichtshofes wird der Wiener Landtag in seiner nächsten Sitzung Rechnung tragen. Der Magistratsentwurf dieses Landesgesetzes, das das Dienst-

recht der Beamten der Stadt Wien enthält, beschäftigte gestern den Personalausschuß des Österreichischen Städtebundes, der unter dem Vorsitz des Stadtrates Fritsch und im Beisein von Vertretern der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten im Wiener Rathaus tagte.

Die Vertreter der Statutarstädte und der größeren Gemeinden in den anderen Ländern gaben ihrer Besorgnis Ausdruck, daß die dort zu erwartenden landesgesetzlichen Regelungen den Bedürfnissen dieser Städte und Gemeinden nicht entsprechend Rechnung tragen könnten. Bisher hatten diese Städte und Gemeinden auf dem Gebiete des Personalrechtes im Rahmen ihrer Autonomie die unbeschränkte Zuständigkeit zur Regelung der Dienst- und Besoldungsverhältnisse. Sie haben von diesem Recht unter Führung des Städtebundes dahin Gebrauch gemacht, daß sie in Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse ein im wesentlichen einheitliches, in der Praxis durchaus bewährtes Dienst- und Besoldungsrecht geschaffen haben. Ein Abgehen von der bisherigen Regelung müßte als ein untragbarer Eingriff in die Autonomie dieser Städte und Gemeinden empfunden werden, der zu schweren Erschütterungen des so mühevoll hergestellten wirtschaftlichen und sozialen Gefüges der betroffenen Städte und Gemeinden führen müßte.

Der Personalausschuß des Österreichischen Städtebundes hat daher beschlossen, die Landesregierungen auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und dringend zu ersuchen, bei den in Aussicht genommenen dienst- und besoldungsrechtlichen Regelungen das bisher geltende Dienst- und Besoldungsrecht dieser Städte und Gemeinden inhaltlich unverändert zu übernehmen.

Urlaub in Wien

=====

Prachträume und Sonderausstellung im Kunstgewerbemuseum und Prunkräume des Prinzen Eugen und Repräsentationsräume im Finanzministerium

15. September (Rath.Korr.) Montag, den 17. September:
Prachträume und Sonderausstellung im Kunstgewerbemuseum. Im Anschluß Spaziergang durch den Stadtpark, verbunden mit Gedenkfeiern vor den Denkmälern und einer Besichtigung des modernen

15. Sept. 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1659.

Kindergartens. Anschließend Besuch bei den besten österreichischen Eis-Tanzpaaren in der Trainings-Eishalle des Wiener Eislaufvereines. Führer: Prof.Dr. Hugo Ellenberger. Zusammenkunft um 18 Uhr vor dem Lueger-Denkmal.

Dienstag, den 18. September: Prunkräume des Prinzen Eugen und Repräsentationsräume im Finanzministerium. Im Anschluß Besichtigung der Anna-Kirche und der Ursulinen-Kirche. Führer: Prof.Dr. Franz Eisenbeißer. Zusammenkunft: Vor dem Eingang Himmelpfortgasse 8, um 18 Uhr.

Die große Magirusleiter in Wien

=====

15. September (Rath.Korr.) Nach zwölfstündiger Fahrt ist gestern abend die große Magirusleiter aus Ulm in der Feuerwehrzentrale Am Hof eingetroffen. Heute vormittag wurde sie in Anwesenheit von Stadtrat Afritsch und Branddirektor Dipl.Ing. Prießnitz auf dem Rathausplatz ausprobiert. Der Riese unter allen Feuerwehroleitern macht den Ulmer-Werken Ehre und hat alle Erwartungen erfüllt. Die höchste vollautomatische Leiter Europas, deren Zwillingschwester nach New York geliefert wurde, hat eine Gesamtlänge von 54 Meter, 128 mit Gummibelag gesicherte Stufen und einen Fahrstuhl für drei Personen. Nicht einmal ein Telephon, durch das man sich jederzeit von der Leiterspitze mit der Wagenmannschaft verständigen kann, fehlt bei diesem technischen Wunderwerk, das seine erste Probe in Wien zur vollen Zufriedenheit der Fachleute bestanden hat. Die erste Vorführung wurde von der Austria-Wochenschau gefilmt und wird demnächst in allen Kinos zu sehen sein.

Nicht mehr Straßenbahnunfälle als bisher
=====

Pressekonferenz bei Stadtrat Dkfm. Nathschläger

15. September (Rath.Korr.) Heute vormittag fand im Sitzungssaal der Geschäftsgruppe für die städtischen Unternehmungen eine Pressekonferenz statt, zu der Stadtrat Dkfm. Nathschläger eingeladen hatte, um aktuelle Verkehrsfragen zu besprechen. Der Konferenz wohnten Generaldirektor Frankowski, der Direktor der Verkehrsbetriebe Dipl.Ing. Benesch und Vizedirektor Groß bei.

Stadtrat Nathschläger begrüßte die Journalisten und legte die Gründe dar, die ihn dazu bewogen hatten, die Presse zu sich zu bitten. Er hoffe dadurch den Kontakt zu vertiefen und schwebende Fragen zu klären. Er wandte sich jedoch gegen eine nicht immer objektive Berichterstattung, die rasch mit einem vorschnellen Urteil bei der Hand ist und gab zu bedenken, daß Untersuchungen ihre Zeit brauchen. Sachliche Kritik und Anregungen werden jedoch die Verkehrsbetriebe immer gern entgegennehmen.

Direktor Dipl.Ing. Benesch gab hierauf einen erschöpfenden Bericht über die Straßenbahnunfälle der letzten Zeit. Er erwiderte zunächst auf eine Reihe von Vorwürfen und Anschuldigungen, die im Laufe der letzten Monate in den Wiener Tagesblättern zu lesen waren.

Unter anderem wurde behauptet, daß sich in den letzten 12 Monaten acht schwere Unfälle ereignet haben, die sämtliche auf Bremsversager zurückzuführen seien. Eine genaue Untersuchung der Fälle hat ergeben, daß nur zwei hievon tatsächlich als Bremsversager bezeichnet werden können. Alle anderen Fälle haben bei der elektrischen und mechanischen Untersuchung ein einwandfreies Funktionieren der Bremseinrichtungen ergeben.

Vielfach wird in der Presse die Ansicht vertreten, die elektrische Widerstands- oder Kurzschlußbremse sei veraltet und durch modernere technische Einrichtungen zu ersetzen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Kurzschlußbremse allen Ansprüchen, die der moderne Verkehr an neuzeitliche Bremsanlagen stellen muß, durchaus gewachsen ist. In den modernsten amerikanischen Straßenbahnen wird sogar die Druckluftbremse zugunsten der elektrischen Kurzschlußbremse aufgegeben, weil sie rascher anspricht und

15. September 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1661

kürzere Bremswege ergibt. Allerdings setzt sie die Anwendung einer richtigen Fahrtechnik voraus. Aber welche Bremseinrichtung an irgend einem Verkehrsmittel führt bei unsachgemäßer Bedienung nicht zu Störungen oder Unfällen? Auch moderne deutsche Straßenbahnwagen wie die Hamburger, Hannoveraner und Düsseldorfer Großraumwagen benützen die elektrische Kurzschlußbremse als Betriebsbremse und verwenden keine Druckluftbremse. Die zusätzliche Ausstattung mit Schienenbremsen als zweite vom Bremsstromkreis unabhängige Bremse, die alle modernen Wagen haben, ist auch in Wien bei allen jüngeren Wagentypen eingeführt. Die Triebwagen der Reihe "A" (Heidelberger) und die in Auslieferung befindlichen Wagen der Reihe "B" sind zusätzlich mit Schienenbremsen ausgerüstet. Auch die bestellten Beiwagen zu den Triebwagen Reihe "B" werden Schienenbremsen erhalten. Die zusätzliche Ausrüstung des vorhandenen Fahrparks mit Schienenbremsen ist konstruktiv nicht überall durchführbar und erfordert erhebliche finanzielle Aufwendungen, wird aber dennoch erwogen. Nicht weil seine derzeitige Bremsausrüstung nicht genügend sicher ist, sondern nur darum, weil der menschlichen Unzulänglichkeit, die bei der Mehrzahl der sogenannten "Bremsversager" eine ausschlaggebende Rolle spielt, hiemit eine Stütze geboten werden soll.

Dem gleichen Zweck, den verschiedenen Temperamenten und der ungleichen Reaktionsfähigkeit von rund 2.000 Fahrer den notwendigen Ausgleich zu verschaffen, dienen die verschiedenen dienstlichen Maßnahmen, die teilweise bereits dauernd geübt, teilweise wieder in verstärktem Maße eingeführt worden sind. Solche Maßnahmen sind: Nachschulung der Fahrer alle zwei Jahre, Kontrolle der Fahrer am Wagen durch Lehrfahrer in Zivil, Wanderschulen auf den einzelnen Bahnhöfen, welche mit Lichtbildern und Belehrung die letzten Unfälle auswerten. Die Geschwindigkeitsbeschränkungen werden auf Gefällstrecken den Fahrern durch verschiedene Signale am Querdraht angezeigt. Darüber hinaus werden auf bestimmten Meßstrecken durch selbstregistrierende Geräte, deren Einbau dem Fahrer nicht bekannt ist, die Einhaltung der Geschwindigkeit überprüft und ihre Überschreitung geahndet. Für besonders schwierige Strecken ist auf Tafeln in den Expeditionen und einer in Taschenformat gedruckten Fahrinstruktion auf die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten der einzelnen Teilstrecken

hingewiesen. Es ist somit alles getan, um die Fahrer mit allen Mitteln zur Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und der Einhaltung der örtlichen Verkehrsvorschriften zu verhalten.

Die Verkehrsbetriebe haben jedoch keinerlei Ursache, die menschliche Unzulänglichkeit in den Vordergrund zu stellen oder wie es die Presse ausdrückt, "die Schuld auf den kleinen Mann zu schieben", weil ein solches Beginnen ihr keinen Nutzen, sondern nur erhöhte finanzielle Lasten im Falle eines Unfalles aufbürden würde. Bekanntlich bestehen bei Verschulden unserer Organe als Erfüllungsgehilfen des Verkehrsunternehmens auch noch Regreßansprüche der Geschädigten, bezüglich des Schmerzensgeldes, die unter Umständen die Haftungsverpflichtungen in der Summe wesentlich übersteigen können. Es wäre also von der Leitung schon aus diesem Grunde absurd und dumm zugleich, sich in jedem Fall hinter dem Verschulden des Erfüllungsgehilfen "verschanzen" zu wollen.

Verschiedentlich wurde auch von "lebensgefährlichen Sparmaßnahmen" gesprochen, die angeblich schuld daran trügen, daß Mängel der elektrischen oder mechanischen Einrichtung nicht rechtzeitig erkannt und beseitigt werden. Demgegenüber muß gesagt werden, daß die Dotierung der Wagenrevisionen mit dem erforderlichen Personal auf Grund eines erprobten Rechnungsschlüssels erfolgt, der die Anzahl der in Dienst stehenden Wagen sowie die Verschiedenheit ihrer technischen Einrichtung berücksichtigt. Die vorgeschriebenen gründlichen Revisionen außer den täglichen Revisionen an Fahrschaltern und Bremsen erfolgt bei Triebwagen in einem Zeitraum von sechs Wochen und bei den Beiwagen alle drei Monate. ~~Diese~~ Revisionsfristen werden regelmäßig eingehalten.

Eine Überprüfung der Unfallhäufigkeit im Friedensjahr 1937, verglichen mit dem Jahr 1950 zeigt, daß die Zahl der Unfälle, hervorgerufen durch Zusammenstoßen mit eigenen Zügen oder Fuhrwerken nahezu gleichgeblieben ist, obwohl der Verkehr, sowohl was die km-Leistung der VB als auch insbesondere die Zahl der motorisierten Fahrzeuge in Wien anlangt, wesentlich gestiegen ist. Ein Vergleich der Zahl der Bremsanstände unserer Wagen mit früheren Jahren ergibt sogar, daß sie trotz des zugegebener-

maßen teilweise veralteten Wagenparks laufend abnimmt.

Man kann den Verkehrsbetrieben also nicht den Vorwurf machen, daß sie in der Erhaltung und Pflege des Wagenparks irgend etwas verabsäumen würden.

Die technische Erneuerung des Fahrparks stößt jedoch auf finanzielle Schwierigkeiten, da die sogenannten "Rekordtarife" noch nicht das 4-fache des Friedenstarifes einbringen, während die Preise für die Erneuerung des technischen Materials bereits auf das 10 - 15-fache geklettert sind. Trotzdem sind die VB bemüht, sich jede finanziell tragbare technische Neuerung zunutze zu machen und haben eben zu der Verkehrsausstellung in Essen eine Anzahl leitender Techniker zum Studium modernster Straßenausrüstungen entsandt.

Im Anschluß an das Referat des Direktors der Verkehrsbetriebe entwickelte sich eine längere Debatte.

Geteilte Gärtnerfreuden

Eine Kleingartenanlage gibt ein gutes Beispiel

15. September (Rath.Korr.) Der Amtsführende Stadtrat für Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Franz Koci, besuchte gestern nachmittag gemeinsam mit dem Präsidenten des Kleingärtner- und Siedlerverbandes, Gemeinderat Fürstenhofer, die Kleingartenanlage "Brunnstube" im 18. Bezirk. "Die Brunnstubenbauern", wie sich die 164 Gartenfreunde am Schafberg nennen, haben den erfreulichen Ehrgeiz aufgebracht, der Wiener Schrebergärtnerbewegung ein schönes Beispiel zu geben. Sie wollen alle ihre kleinen Freuden, die sie hier jahrein, jahraus erleben, die vielen kleinen und großen Wunder der Obst- und Blumenzucht, nicht nur für sich beanspruchen, sondern mit allen Erholungsbedürftigen teilen. So wurde kurz die "Brunnstube" zu einer öffentlichen Anlage erklärt. Die berüchtigten Verbotstafeln wurden abmontiert, ja selbst Schlösser und Riegel, mit denen sich vielfach die Schrebergärtner von ihrer Umwelt abschließen, haben tagsüber ihre Daseinsberechtigung verloren. Die Spaziergänger sind hier sogar willkommen.

Die Kleingärtner gingen noch weiter und haben auf den

15. September 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1664

Promenadewegen mitten in ihrer Anlage Bankerln aufgestellt. Außerdem errichtete die Vereinsleitung für die Bevölkerung zwei öffentliche Parkanlagen, die von den Mitgliedern freiwillig gepflegt und betreut werden.

Stadtrat Koci zeigte sich für die vorbildliche Auffassung der Kleingartenidee sehr interessiert und sprach allen Vereinsmitgliedern seine Anerkennung aus. Er dankte ihnen für das Verständnis, den Bedürfnissen der Öffentlichkeit entgegenzukommen und für die Bereitschaft, ihre Gärtnerfreude mit allen zu teilen. Dies bekunden sie nicht zuletzt auch durch die vielen Obstspenden an Anstalten, Kinder, Fürsorgebedürftige und nicht selten auch an Sonntagsausflügler, die an der Brunnstube vorbeikommen.

Gesunde Wohnungen - gesundes Leben
=====Bürgermeister Jonas eröffnet drei neue städtische Wohnhausbauten

15. September (Rath.Korr.) Daß nicht nur das Freistilringen große Publikumsmengen anlocken kann, sondern die Wiener auch auf positive Leistungen positiv reagieren, wurde bei den Eröffnungen der drei neuen städtischen Wohnhausbauten, die heute nachmittag stattfanden, unter Beweis gestellt. Sowohl in Margareten im Eiselsberg-Hof, als auch in Simmering in der Delsenbachgasse, stauten sich die Menschenmassen um den Platz, von dem aus Bürgermeister Jonas zu den Wienern sprach. Den Feierlichkeiten wohnten außerdem die Stadträte Fritsch, Koci, Mandl und Thaller sowie mehrere Nationalräte, Bundesräte, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und andere Festgäste bei. Am Bacherplatz begrüßte Bezirksvorsteher Grubeck, während in Simmering Bezirksvorsteher Wopenka die Eröffnungsfeier einleitete.

Stadtrat Thaller, als der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, machte die Öffentlichkeit mit den technischen Daten bekannt (siehe auch Rathaus-Korrespondenz, Blatt 1643, vom 13.9.).

Stadtrat Koci sprach als der Verantwortliche für die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser und die Zuweisung der Mieter. Er gab einen Überblick über die Verteilung der in den neuen Bauten vorhandenen Wohnungen, in die nur wirklich notwendige Fälle eingewiesen wurden. Gleichzeitig richtete er an die Mieter einen Appell, ihre neuen Wohnungen zu würdigen und zu schätzen und zu bedenken, daß die Häuser mit schweren Opfern der gesamten Öffentlichkeit erbaut worden sind.

Bürgermeister Jonas, sowohl in Margareten als auch in Simmering von der Bevölkerung stürmisch umjubelt, sprach über die Bedeutung des sozialen Wohnhausbaues und die Verpflichtung der öffentlichen Hand, Wohnungen zu bauen. Die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, also durch die Gelder der gesamten Öffentlichkeit. Die Wiener Bevölkerung hat daher ein Recht darauf, zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht. Die Stadtverwaltung will bei den Eröffnungsfeiern Rechenschaft ablegen.

Zum Abschluß seiner Ausführungen betonte Bürgermeister Jonas, daß es die Gemeinde Wien als ihr oberstes Ziel festgesetzt hat, Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnbaues zu errichten. Je fleißiger diese Arbeiten durchgeführt werden, umso eher können die Menschen aus schlechten Wohnungen in bessere ziehen, umso eher können aber auch die Eltern ihren Kindern bessere Lebensbedingungen geben. Denn gerade die Not der Wohnung färbt auf den Menschen ab. Wer in einer reinen, schönen, gesunden Wohnung lebt, ist auch selbst rein und gesund an Körper und Seele. In schlechten Wohnungen müssen die Menschen sittlich und moralisch zugrundegehen. Nur in gesunden Wohnungen wird daher auch gesundes Leben gedeihen.